

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Fraktion der SPDBeratungsfolge:

08.07.2015 BVV

BVV/ 033/VII

Betreff: Kampagne "Handel(n) verbindet" unterstützen!**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Kampagne „Handel(n) verbindet“ der Initiative „Handeln statt wegsehen“ zu unterstützen. Insbesondere soll gegenüber Gewerbetreibenden für eine Teilnahme an der Kampagne geworben werden.

Berlin, den 30.06.2015

Einreicher: Fraktion der SPD

Gez.: Rona Tietje

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	EINSTIMMIG
_____	MEHRHEITLICH
_____	JA
_____	NEIN
_____	ENTHALTUNGEN

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ zusätzlich in den Ausschuss für
_____ und in den Ausschuss für

Begründung:

Seit 2008 existiert die Initiative „Handeln statt wegsehen“ als gemeinsames Projekt des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg e.V., des ver.di-Bezirk Berlin und des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Berlin-Brandenburg in Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Ihr Ziel ist die Bekämpfung von Diskriminierung im beruflichen Alltag.

Im Rahmen der Kampagne „Handel(n) verbindet“ werden den teilnehmenden Unternehmen und Verbänden zahlreiche Qualifizierungsmaßnahmen angeboten, um die Sensibilität gegenüber Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung innerhalb der Belegschaft zu erhöhen.

Unternehmen, die sich in der Kampagne aktiv engagieren erhalten als Auszeichnung ein Plexiglas-Schild mit dem Projekt-Kodex „Handel(n) verbindet“, das sie außen an ihrem Gebäude anbringen und damit auch nach außen ein klares Zeichen gegen Diskriminierung setzen können. Auch kleinere Betriebe wie Läden, Gaststätten, Imbisse und Kioske können im Rahmen der Kampagne aktiv werden. Sie erhalten kostenlose Aufkleber für ihre Schaufensterscheiben, die neben dem Kampagnenslogan wahlweise den Spruch „Hausverbot für Rassismus“ oder „Kaufleute gegen Rassismus“ tragen. Ähnlich wie bei der inzwischen ausgelaufenen „Aktion Noteingang“, die insbesondere in den Jahren zwischen 1998 und 2002 sehr erfolgreich war und vielfach ausgezeichnet wurde, können Gewerbetreibende hiermit deutlich signalisieren, dass jede Form von Diskriminierung in ihren Geschäftsräumen nicht geduldet wird.

In den letzten Jahren ist Pankow stark gewachsen; unter den neuen Pankower*innen sind auch zahlreiche Menschen, die aus anderen Ländern in den Bezirk gezogen sind. Im Sinne einer alle Lebensbereiche umfassenden Willkommenskultur sollte der Bezirk darauf hinwirken, dass Diskriminierung auch am Arbeitsplatz bekämpft wird. Außerdem werden mit der Einbindung von Gewerbetreibenden wichtige Bündnispartner im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus gewonnen.